

## PROTESTBRIEF

Analyse des negativen Resultats der kantonalzürcherischen Abstimmung über die freie Schulwahl vom 17. Juni 2012.

Das Resultat der Abstimmung spiegelt die Tatsache, dass die gut durchdachten Argumente offenbar zu komplex waren. Sie wurden von einigen politischen Parteien und auch von vielen Medienvertreterinnen und -vertretern nicht verstanden. Zu schnell haben viele sich auf eine Meinung „eingeschossen“.

Richtig ist:

1. Die Initiative forderte vor allem die freie Wahl **innerhalb** der Volksschule.
2. **Nur jene Privatschulen hätten Beiträge** erhalten, welche etwa gleich teuer sind wie die Staatsschulen, damit die unfaire Segregation aufhört.
3. Es hätte **mehr Durchmischung**, nicht Entmischung gegeben, weil es belegt ist, dass auch bildungsferne Eltern wissen, welches Unterrichtsmodell den Bedürfnissen ihres Kindes entspricht.
4. Es hätten **massiv Kosten gespart** werden können (jährlich ca. 200 Mio Fr. für wegfallende sonderpädagogische Massnahmen).
5. Die Einführung der Schulwahl hat **kein Chaos** zur Folge (Schweden und Finnland haben sie 1991 praktisch über Nacht eingeführt).

Die Tatsachen, dass die Schulwahl, so wie sie in den skandinavischen Ländern erfolgreich erprobt ist, zu mehr Zufriedenheit, zu mehr Engagement aller Beteiligten, zu viel besseren Lernerfolgen und notabene zu viel weniger Problemen führt, ist mit Studien belegt, wurde trotzdem nicht beachtet. Es gibt praktisch keine Schulabbrecher mehr, massiv geringere Ausgaben für sonderpädagogische Massnahmen und alle Schüler erreichen minimale Leistungsstandards.

Die Medien wollten das heisse Eisen nicht prominent aufgreifen, haben den Befürwortern nur wenige Plattformen angeboten. Viele namhafte Politikerinnen und Politiker, die sich im Einzelgespräch für die Schulwahl ausgesprochen hatten, haben später nach der Mehrheit geschickt und sich zurückgezogen, als es darauf ankam. Einige sind heute noch überzeugte, mutige Befürworterinnen und Befürworter. Das hat immerhin dazu geführt, dass die Nein-Parolen in vielen Parteien von den Mitgliedern nur teilweise übernommen wurden und einige Ortsparteien oder die Jungfreisinnigen die JA-Parole beschlossen haben.

Die Besorgnis erregenden Zahlen, die belegen, dass 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen die Mindestlehrziele nicht erreichen, und dass der Kanton Zürich jährlich mehr als eine halbe Milliarde Franken für Heimeinweisungen, sonderpädagogische Massnahmen usw. ausgibt, werden weiter rasant zunehmen. Aus pädagogischer Sicht besteht dringender Handlungsbedarf, der durch den Erfolg der freien Schulwahl in den nordeuropäischen Ländern legitimiert wird. Es ist deshalb geplant, in absehbarer Zeit eine Initiative zu starten, welche mindestens ein Teilziel der freien Wahl fordert, zum Beispiel die freie Wahl innerhalb der Volksschule oder auf der Sekundarschulstufe. Auch in anderen Schweizer Kantonen gehen die Engagements weiter.

Clarita Kunz, Herrliberg

Schulleiterin/Heilpädagogin

ehemaliges Mitglied des Initiativkomitees